

**Rede von Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly,
Präsident des Deutschen Städtetages,
anlässlich der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages
am 10. Juni 2015 in Dresden**

Jetzt kommt der Teil der Berichterstattung über die vergangenen zwei Jahre, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zwei Jahre erst ist es her, da haben Sie mich mit dem Amt des Präsidenten ausgestattet – übrigens ein Titel, mit dem ich bis heute ein bisschen fremdle. Das war einerseits eine ganz kurze Zeit – zwei Jahre vergehen ja in unserem Job wie im Fluge – andererseits aber schon auch ziemlich lang, ich hatte dazwischen auch noch meine eigene Wahl. Also es war ordentlich zu tun.

Es hat mir aber fast immer Spaß gemacht, den Kopf für euch hin und vor allem auch vor die Kameras und Mikrophone zu halten. Es ist viel mehr Medienarbeit als ich vorher dachte damit verbunden als Interessensvertreter der Städte in Deutschland aufzutreten. Das Einzige, woran ich mich definitiv im ganzen Leben nicht mehr gewöhnen werde, sind Morgenmagazine, wo notorisch ausgeschlafene Moderatoren die Armutsflucht in 1 Minute 30 von uns erklärt bekommen möchten, natürlich am liebsten um 06:10 Uhr in der Frühe, wo die eigene Zunge wie ein toter Fisch im Mund liegt. Alles andere an diesem Amt macht Spaß, weil man weiß, es geht um die Sache, um die eigene Sache und unsere insgesamt.

Es ist dicht gewesen, wenn man sich die Themen anguckt, und ich will nur über die sprechen, die auf der Seite eins der überregionalen Medien gewesen sind in den letzten zwei Jahren. Da ging es natürlich häufig um Gemeindefinanzen – um Gemeindefinanzen geht es sowieso immer, wenn man für den Städtetag arbeitet –, um das Thema arm und reich, um das Thema Verschuldung. Der Applaus gerade, als der Kollege Hilbert gesagt hat, Dresden sei schuldenfrei, war ja so eine Mischung aus Bewunderung und ungläubigem Staunen, wenn ich das interpretieren dürfte. Es geht um unsere Schulden, um hoch verschuldete Städte und unglaubliche Kassenkreditbestände, um die steigenden Sozialkosten, um die Unterfinanzierung der deutschen Infrastruktur. Es geht um die Bund-Länder-Finanzreform, die noch nicht richtig in die Gänge kommt, ich komme darauf noch zurück.

Zweites Thema war ebenfalls für die ganze Zeit die Energiewende. Da ist bis heute – obwohl es dringend wäre, dass wir zu guten Entscheidungen kommen – immer noch deutlich weniger klar und deutlich mehr unklar. Auch darauf komme ich noch zurück.

Drittes Thema, ein Thema, das vom Himmel gefallen ist oder vielleicht aus dem Boden wuchs, das Thema TTIP und CETA, also die Freihandelsabkommen mit den USA, mit Kanada. Es hat kein Thema gegeben, wo so viele kommunale Parlamente Resolutionen verfasst

haben, uns zugeschickt haben und gesagt haben, kümmert euch darum. Es waren so viele, dass man in der Bundesregierung schon vermutet hat, wir hätten eine Kampagne gestartet – haben wir aber gar nicht, sondern es war eine echte Graswurzelbewegung, getragen von der Sorge um die Daseinsvorsorge – den aktuellen Stand des noch nicht widerlegten Irrtums beschreibe ich gleich.

Wir haben uns intensiv noch in den letzten Monaten von Christian Ude als Präsident mit dem Thema Wohnungsbau – Wohnungsmangel einerseits und die Leerstände andererseits – im Deutschen Städtetag auseinandergesetzt.

Wir hatten ganz zu Beginn im Jahr 2013 im August einen Stichtag für das Recht auf einen Kinderkrippenplatz. Das war glaube ich der Tag mit den meisten Interviews, weil alle Journalisten darauf gewartet haben, dass die deutschen Rathäuser von einer Klageflut überschwemmt werden und dann fast ein bisschen enttäuscht gewesen sind, dass es am Ende nicht so gekommen ist.

Und wir haben natürlich als Thema – ich finde das Thema des Jahres 2014 – das Thema Asyl und Flüchtlinge. Als ich vor zwei Jahren hier noch 7 Minuten Zeit hatte ein paar Sätze zu sagen, da habe ich gesagt, mir geht es eigentlich darum, dass wir nicht nur immer über Geld sprechen, dass wir nicht nur immer als die wahrgenommen werden, die sozusagen um einen höheren Anteil am letzten Steuereuro buhlen, sondern dass es mir auch um Respekt vor der kommunalen Selbstverwaltung geht. Und an dem Respekt fehlt es in den Landeshauptstädten und auch in Berlin. Die Beispiele muss ich Ihnen nicht sagen.

Da findet ein Asylgipfel statt, ohne die, die die Integrationsarbeit in Deutschland leisten, das sind nämlich wir. Hinterher wird dieser dann zu einem Arbeitstreffen zur Vorbereitung eines vielleicht irgendwann stattfindenden Gipfels umdefiniert, bei dem man aber auch noch nicht genau wisse, ob wir dabei sein können, weil die Länder ja – wie Sie alle wissen und täglich mit Freude zur Kenntnis nehmen – unsere Interessen zu 100 Prozent mitvertreten wollen.

Da geht es um eine Kommission zur Frage der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die im Koalitionsvertrag steht, der ansonsten in Berlin wie die Bibel gehandhabt wird: Wir machen genau das Wort für Wort, was im Koalitionsvertrag steht, sonst müssten wir nämlich zu streiten beginnen, weil nur das, was drin steht, geklärt ist und das, was nicht drin steht, muss erst

noch geklärt werden. Komischerweise wird genau dieser Passus, in dem steht „unter Hinzuziehung der kommunalen Spitzenverbände wird das Thema gelöst“, nicht umgesetzt. Und wenn wir dann sagen, Leute, es reden aber alle mit allen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen, dann heißt es, aber die Kommission gibt es noch nicht. Wenn es die gäbe, würden wir euch natürlich einladen, weil es ja da drin steht, aber leider gibt es sie nicht. Und meine Prognose ist, es wird sie nie geben. Dann kann man sich um die Verlegenheit am Ende auch noch ein Stück weit rummogeln – ich komme darauf noch zurück.

1. August 2013, Recht auf Kinderkrippenplatz tritt in Kraft

Es war tatsächlich so: Ich bin in den Wochen vorher von allen Journalisten mit Fragen konfrontiert worden: Jetzt kommt die Klageflut, was macht ihr denn, ihr habt es doch nicht geschafft. Und es war wirklich die freudige Erwartung auf den Skandal in dieser Frage damit verbunden, jetzt zeigen wir es den Kommunen einmal so richtig, dass sie versagt haben. Am Ende ist es nicht zu dieser Klageflut gekommen. Nicht etwa wegen der Duldsamkeit der Eltern, die Betreuung gesucht haben, sondern weil wir alle, Sie alle, gebaut haben „wie die Blöden“, damit wir tatsächlich diesen Rechtsanspruch erfüllen können. Dieser Rechtsanspruch ist für mich der schlagende Beweis für die Handlungsfähigkeit der kommunalen Familie. Wir haben alles beiseite geschoben. Wir haben Erzieherinnen und Erzieher eingestellt, sofern wir noch welche gekriegt haben. Wir sind durch die Lande gezogen und haben geguckt, dass wir die Einrichtungen nicht nur hell, trocken und sauber, sondern auch in ordentlicher pädagogischer Qualität hinkriegen, und es ist geglückt.

Es gab ganz wenige Klagen und auch denen konnte meistens abgeholfen werden. Nachdem dann die Klagen ausgeblieben sind, war das Thema sofort aus der Presse. Dann hat es keinen mehr interessiert, das Skandalpotenzial hat sich nicht erfüllt, erledigt, abgehakt. Für uns ist es noch nicht ganz erledigt und abgehakt. Wir haben die Zahl der Betreuungsplätze allein in den letzten fünf Jahren um rund 60 Prozent erhöht, die Zahl der Beschäftigten in diesen Bereichen um gut 30 Prozent. Der Bund hat sich finanziell engagiert. Es wird aber wohl nötig sein, wenn wir in der Bildungsrepublik die frühkindliche Bildung als völlig selbstverständlich annehmen, dass bei dem Thema Bund und Länder – wir sowieso, denn wir zahlen es ja heute schon überwiegend – sich mehr engagieren als es bisher der Fall war. Wir wollen das und ich glaube, wir alle können sagen auf die Frage, wann sind es denn genügend Kindertagesstättenplätze, es sind dann genügend Kindertagesstättenplätze, wenn jedes Eltern-

paar, jeder Elternteil, für jedes Kind den Platz hat, den es braucht. Das ist unser Ziel, und ich denke, wir können das liefern. Das gibt es aber – wie eben ausgeführt – nicht zum Nulltarif.

2. Herbst 2013: Erste Berichte über „Armutsfüchtlinge“ und sogenannte „Problemhäuser“ tauchen auf

Im Herbst 2013 ging es los mit der sogenannten Armutsfucht aus Europa, die Problemhäuser in Duisburg, in Berlin-Neukölln. Das war ein Lehrstück der medialen Problemwahrnehmung, wie ich finde. Wir haben es im Deutschen Städtetag eigentlich als erstes thematisiert, es kam vom Sozialausschuss – es gab punktuelle, starke Betroffenheiten in Duisburg, in Berlin, in Mannheim, an anderen Stellen haben die Kollegen gesagt, da läuft was aus dem Ruder, wir müssen etwas tun. Der Deutsche Städtetag hat dann die Probleme benannt. Er musste sich sogar der Ausländerfeindlichkeit bezeichnen lassen als er das damals erstmals benannt hat. Wir haben aber eine Kaskade von Nachdenken über dieses Problem ausgelöst, die am Ende betrachtet richtig gewesen ist. Es waren dann die Sozialministerkonferenz der Bundesländer, die Innenministerkonferenz und dann nach der Regierungsbildung der Staatssekretärsausschuss der neuen Bundesregierung, die sich des Themas angenommen haben.

Das Problem ist medial zunächst sehr aufgebauscht worden. Da sind Bilder von den überfüllten Häusern gezeigt worden, die jeden erschrecken mussten. Da ist der Eindruck erweckt worden – wie immer, wenn etwas auf Seite eins steht – dass aus Bulgarien und Rumänien, nennen wir es ruhig so, wie es ist, zu hunderttausenden Menschen in die deutschen Sozialsysteme flüchten. Das Problem ist dann – und ich bedauere das bis heute – politisch skandalisiert worden mit dem Spruch „Wer betrügt, der fliegt“. Das war in der Situation ganz schlecht für die öffentliche Debatte. Es ist immer schlecht für die öffentliche Debatte, wenn wir uns bei solchen Themen nicht sprachlicher Sorgfalt bedienen. Und danach setzte aber eine Art Rationalisierung ein. Dann ist die Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung erschienen, aus der klar geworden ist, dass die soziale Transferbilanz von Rumänen und Bulgaren bei uns in Deutschland besser ist als die vieler anderer. Auch die Saisonarbeiter, die sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, zahlen schließlich in die sozialen Sicherungssysteme ein. Die Menschen kosten aber, weil sie bei uns nicht zur Schule gegangen sind, nicht in den Kindergarten, deutlich weniger als andere. Dann haben sich die Leute auseinandergesetzt mit der Situation – auch, aber nicht nur – der in Bulgarien und Rumänien lebenden Roma. Dann hat man irgendwann begonnen, Verständnis dafür zu entwickeln, dass da was geschehen muss – natürlich am Herkunftsort, wir haben das intensiv thematisiert auch in Ge-

sprächen, vor allem mit der rumänischen und der bulgarischen Regierung. Dann ist zudem klar belegt worden, dass das deutsche Sozialrecht durchaus wehrhaft ist gegen Missbrauch. Es ist ja nicht so, dass es im Bereich des SGB keine Leistungskürzungen gäbe, dass von den Instrumenten nicht Gebrauch gemacht wird. Dann ist endlich auch einmal darüber diskutiert worden, wo gibt es Rechtsansprüche auf Unterstützung – Stichwort Kindergeld – und wo gibt es sie nicht – Stichwort SGB II-Leistungen.

Ich finde, dass nach dieser anfänglichen Skandalisierung ein Diskurs stattgefunden hat, der am Ende eine hohe zivilgesellschaftliche Reife entwickelt hat. Das Problem ist in den Städten, die betroffen sind, noch nicht verschwunden. Aber die Initiativen des Staatssekretärsausschusses – auch das Geld, das bereitgestellt worden ist – deuten in die richtige Richtung. Für mich war es ein Lehrstück, dass wir bei so heiklen Themen wie Zuwanderung – egal ob aus Europa oder außerhalb Europas, egal ob mit Freizügigkeit oder ohne (so fein differenziert wird die in der öffentlichen Wahrnehmung nicht), dass wir immer ganz sorgfältig und differenziert und rational argumentieren müssen gegenüber unserer eigenen Bevölkerung, die auch von Ängsten umgetrieben wird, aber auch als Statement im öffentlichen Diskurs.

3. Flüchtlinge - gesamtgesellschaftliche Aufgabe bedarf gesamtstaatlicher Verantwortung

Drittens, das Thema des Jahres 2015 und 2014: die Flüchtlinge. Also nicht die von innerhalb der EU, sondern die 200.000 Asylantragsteller des letzten Jahres und die prospektierten 400.000 des Jahres 2015. Wir alle sind viel zu lange, finde ich, im Krisenmodus gelaufen und haben doch eine ganze Zeit gebraucht, bis wir uns so gerüttelt hatten, dass wir uns auf die Zahlen eingestellt haben, dass man aus diesen Notunterkunftsgeschichten und aus den Zelten, die dann im Herbst irgendwann vom Wind verweht worden sind, - auch bei mir in der Stadt - weggekommen ist. Dass man die Verwaltungskapazitäten konzentriert hat, auf das was zu tun ist, um diesen Menschen zu helfen. Und es gibt ja den merkwürdigen Impuls in der öffentlichen Wahrnehmung. Wenn das Bild vom Flüchtlingsboot kurz vor Lampedusa gezeigt wird, haben alle Menschen Mitleid, und jeder sagt sich, da muss doch etwas getan werden. Wenn wir aber zur Bürgerversammlung gehen – jeder von uns kennt es – und verkünden, in der Nachbarschaft wird eine Gemeinschaftsunterkunft aufgemacht, dann müssen da immer andere sitzen als die, die die Bilder aus Lampedusa angucken. Wir haben auf der anderen Seite ein Ausmaß der Hilfsbereitschaft, wie es sie vor 25 Jahren nicht gegeben hat, als schon einmal die Asylbewerberzahlen so hoch, noch höher gewesen sind als im letzten Jahr. Es gibt eine Art

emotionale Polarisierung in der Gesellschaft. Einerseits ganz viele Menschen, die sagen, wir wollen da helfen, sicherlich auch durch den Impuls dieser Bilder der Flüchtlingsboote, durch diese wahrgenommene Armut, durch die Gesichter derer, die geflohen sind vor Terror der Islamischen Staat-Milizen und wo jeder von uns, wenn er in sich geht, sich überlegen würde, was würden wir denn in der gleichen Situation tun? Wir würden unsere Koffer packen, unsere Kinder unter den Arm nehmen und verschwinden, was denn sonst, vor dem Terror, vor der Unberechenbarkeit, vor der Unterdrückung, vor der Frauenfeindlichkeit, vor diesem Islamismus würde jeder einzelne von uns fliehen. Und ich glaube, dass sehr viele Menschen dafür Verständnis entwickeln, ein emotionales Verständnis, ganz jenseits der rationalen Frage, ob die Sache innerhalb Europas richtig geklärt ist, und dass dieses Verständnis auch die Qualität heute von ehrenamtlicher Flüchtlingsbetreuung in unseren Städten ganz stark trägt.

Trotz allem gibt es noch eine Menge zu sortieren. Es wird medial immer der Eindruck erweckt, das erste halbe Jahr zwischen Lampedusa, Grenzübertritt und dem Bescheid des Bundesamts für Migration sei die Hauptarbeit. Nein, die Hauptarbeit beginnt hinterher bei denen, die bei uns bleiben, die anerkannt werden als Flüchtlinge, die den Status als Asylbewerber kriegen, die einen Abschiebeschutz haben, weil zu Hause Bürgerkrieg herrscht. Ein Drittel, also 30 Prozent der 200.000 aus dem vergangenen Jahr erhalten Bleiberecht oder werden länger in der Bundesrepublik bleiben. Die integrieren wir nach dem ersten halben Jahr über viele Jahre hinweg. Wir können das, die deutschen Städte können das. Sie haben das unter Beweis gestellt mit Millionen von Vertriebenen, mit Millionen von Gastarbeitern, Millionen von Spätaussiedlern. Wir können das – Integration. Wir wissen, welcher „Hardware“ es bedarf: Wir brauchen natürlich die Plätze in den Schulen, in den Kindergärten, wir brauchen Jobs für die Menschen – die Integrationskraft von Arbeit ist immer noch sehr groß – Sprachkurse, Integrationskurse. Wir müssen versuchen, dass wir die Menschen so schnell wie möglich in unsere Stadtgesellschaften integrieren. Von den Zahlen her ist es nicht das Problem. Da waren die anderen genannten Gruppen zahlenmäßig deutlich größer. Wir reden jetzt, bezogen auf das Jahr 2014, über 60.000 bis 70.000 Menschen. Wir brauchen dazu auch die „Software“, die Wahrnehmung der Menschen. Wir müssen Ängste überwinden und den Pegidas dieser Welt hier auch ganz offensiv die Stirn bieten.

Was ist der richtige Weg? Wir wollen ein gesamtstaatliches Bekenntnis aller föderalen Ebenen zu dieser Problemverantwortung. Die Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in Deutschland, die wir im Rahmen unseres Grundgesetzes und unserer internationalen Ver-

pflichtungen aufnehmen, ist keine allein kommunale Aufgabe. Es ist *auch* eine kommunale Aufgabe, aber es ist genauso Aufgabe von Ländern und Bund. Wir wollen zweitens, dass diejenigen Länder, die heute ihre Städte noch schlecht behandeln und davon gibt es nicht wenige in der Bundesrepublik, die Erstattungen deutlich erhöhen. Ziel muss eigentlich eine spitz abgerechnete Kostenerstattung für die Unterbringung dort sein, wo sie dezentral stattfindet.

Die Diskussion auf Bundesebene geht im Moment in die Richtung, dass die Erstaufnahmekapazitäten deutlich erhöht werden, verdoppelt, man redet von 100.000 Plätzen, die in den Ländern bereit gestellt werden müssen, dass das Bundesamt für Migration 2.000 neue Stellen erhält und dass dann die Verfahren – wir haben ziemlich genau halbe-halbe im Moment von Zuwanderung aus Ländern mit sehr hohen Chancen auf Anerkennung und Zuwanderung aus Ländern mit ganz geringen Chancen auf Anerkennung – dass wir die Zeit der Erstaufnahme dann dazu nutzen, rechtskräftig und natürlich mit rechtlicher Qualität ausgestattete Verfahren zum Abschluss zu bringen. Und dass diejenigen Menschen, die objektiv keine oder wenig Chancen haben, dann aus dieser Erstaufnahme zurück geführt oder zur freiwilligen Rückreise gebracht werden, damit wir die Integrationskraft in den Städten für diejenigen nutzen können, die auch bei uns bleiben, die wir in die Stadtgesellschaften integrieren wollen. Das ist der richtige Weg. Und ein kleiner diplomatischer Erfolg scheint uns durch das ewige Gemaule der letzten Tage gelungen zu sein. Eva Lohse ist am Donnerstagabend ins Kanzleramt zur Vorbereitung des Asylgipfels eingeladen. Irgendwie hatten sie dann doch das Gefühl gehabt, das wäre nicht schlecht, wenn diejenigen, die die Arbeit machen, auch mit am Tisch sitzen. Eva, wir wünschen Dir alles Gute für dieses sicher kurzweilige Treffen.

4. Wohnungsmangel und Leerstand: Bundesdeutsche Realität 2015 und Perspektiven

Ein Sonderproblem ergibt sich für diejenigen Kommunen, die im Bereich der Wohnungspolitik ohnehin Probleme haben, weil, wer lange bei uns bleibt, soll bei uns natürlich auch angemessen wohnen. Und klar ist auch, dass der, der den Status als Flüchtling und anerkannter Asylbewerber hat, wenn er keine Wohnung hat, dann Kunde der kommunalen Obdachlosenhilfe wird und insofern Teil unserer Zuständigkeit ist. Ich kann mir nur schwer vorstellen - es wird immer einmal diskutiert -, dass wir das Problem dadurch lösen, dass wir Behelfsheime mit „Nachkriegschic“ bauen, in denen dann Flüchtlinge zusammengepfercht werden. Das ist eine Lösung, die nicht sozialverträglich ist, die aber auch stadtentwicklungspolitisch blödsinnig wäre. Wir haben alle so knappen Raum in unseren Städten, wenn wir den versiegeln, dann versiegeln wir ihn bitte mit Gebäuden, die eine Qualität haben, die drittver-

wendungsfähig sind und mit Wohngebäuden, in denen wir soziale Durchmischung organisieren können und wo wir diesen mit „hoher Selbstentzündlichkeit“ ausgestatteten potentiellen Konkurrenzdruck der alleinerziehenden Mutter, der Geringverdienerfamilie und der syrischen Flüchtlingsfamilie um die letzte bezahlbare Wohnung, wo wir diesen sozialen Sprengstoff einfach durch mehr Aktivitäten vermeiden. Da sind der Bund und die Länder gefragt.

Sie wissen, unsere Lieblingsreform in Deutschland – die Föderalismusreform – hat dazu geführt, dass der Bund sich eigentlich aus der Förderung des Wohnungsbaus in den letzten Jahren zurückzieht. Er gibt noch gut 500 Millionen, und die Bundesminister sagen auch immer kühl, das war es dann. Ich glaube, das kann es nicht sein. Da kämpfen wir an der Seite der Länder, dass der Bund sich – sei es wegen der Flüchtlinge, sei es wegen der Wohnungsnot anderer Bevölkerungsschichten – hier dauerhaft engagiert. Auch das ist wieder ein kleiner „Kollateralschaden“ der Föderalismusreform. Ich finde dort, wo gesamtgesellschaftliche Probleme so evident sind, dass sie einer Bearbeitung durch alle drei staatlichen Ebenen bedürfen, machen wir einen Fehler, wenn wir versuchen, es auseinander zu dividieren. Wir sollten uns dieser gesamtstaatlichen Problembearbeitung stattdessen in einer vernünftigen Kooperation auf gleicher Augenhöhe zuwenden.

5. TTIP, CETA und Co.: Selten gab es so viele kommunale Resolutionen

Das war – ich habe es vorhin gesagt – wirklich eine Graswurzelbewegung, die unglaublich war. Ganz viele Kommunalparlamente haben Resolutionen dazu beschlossen, haben sie uns zugesandt, haben sie an den Deutschen Bundestag, an die Europaparlamentarier gegeben. Alle getrieben von der Sorge um die Daseinsvorsorge und alle auch getrieben von dem komischen Gefühl, dass hier in höchster Geheimhaltung über irgendetwas verhandelt wird, was uns doch am Ende alle angehen wird. Das ist eine Bewegung, die ganz heterogen ist. Ich bin da bei den TTIP-Demonstrationen in Nürnberg aufgetreten. Da sind Menschen dabei, für die ist das zur Ersatzreligion geworden – das ist nicht meine Position. Aber ich sage, wir müssen dieses Thema ans Licht der Öffentlichkeit zerren, damit wir am Ende nicht über Beschlüsse klagen müssen, von denen wir sagen müssen, wir haben es ja nicht gewusst.

Ich glaube, dass dieser erste Schritt, nämlich das Licht der Öffentlichkeit darauf zu lenken, völlig und durchschlagend gelungen ist. Weder in Europa noch in der Bundesrepublik noch in vielen anderen Ländern Europas wird eine nationale Regierung hier ohne Konsultation mit den Parlamenten irgendetwas verabschieden können. Das ist auch gut so. Was wollen wir?

Wir wenden uns nicht gegen freien Handel. Jeder von uns kann es, wenn er die Geschichte seiner Stadt erzählt, belegen, dass der freie Handel geradezu konstitutiv ist für die europäische Stadt. Unsere mittelalterlichen Manufaktur-Städte haben sich ganz oft über den Handel überhaupt erst zu dem entwickelt, was sie waren. Insofern ist der freie Handel für uns als Stadt eigentlich Selbstverständlichkeit. Der Abbau von Zöllen, der Abbau von Zollschranken im Deutschen Reich, in der Kleinstaaterei hat dazu geführt, dass sich wirtschaftlicher Erfolg eingestellt hat.

Nur: genauso alt wie der freie Handel in den Städten ist die Regulierung des Handels durch die Städte.

Das Wirtschaftsordnungsrecht ist nämlich auch eine kommunale Erfindung. Wir haben Handwerk und Handel in den Städten geregelt mit den ersten Satzungen. Es wurde festgelegt, welches Getreide für Bier zu verwenden ist, in Nürnberg selbstverständlich auch, wie lang die Bratwurst sein darf und viele andere Dinge mehr. Das heißt, die frühe Erkenntnis, dass uns freier Handel etwas bringt, dass der freie Handel aber immer bedeutet, andere zu schützen. Deshalb haben unsere Vorfäter klugerweise solche Satzungen erlassen, die heute im Wirtschaftsordnungsrecht zusammengefasst sind. Diese Erkenntnis ist uralte.

Ich habe nichts gegen ein Freihandelsabkommen mit den USA. Europa und USA sind auf gleicher Augenhöhe. Aber es gibt ein paar Dinge, ein paar rote Linien, die zu beachten sind: Zum einen ist ganz klar, dass wir sagen, wir brauchen eine Positivlistenvariante, das heißt, dieses Abkommen gilt nur für die Branchen, die darin explizit genannt sind und nicht eine Negativliste, das heißt, es gilt für alles, was darin nicht als Ausnahme genannt ist. Die Negativliste ist für uns ganz schwierig, weil die Kultur der deutschen Daseinsvorsorge schon in Europa schwer verständlich zu machen ist und gegenüber der Geschichte und der Kultur in den USA noch sehr viel schwerer. Insofern sagen wir: Variante Positivliste.

Zweitens: Keine privaten Schiedsgerichte, dazu besteht kein Bedarf. Beide Beteiligten – Europäische Union und Nordamerika – haben hochentwickelte Gerichtsbarkeiten. Man muss, man sollte das öffentlich-rechtlich lösen.

Und drittens, völlig klar: Keinen Abstrich bei Sozial-, Umwelt-, Arbeitnehmer- und Verbraucherschutzstandards.

Die kommunalen Spitzenverbände und der VKU haben mit dem Bundeswirtschaftsministerium in den letzten Wochen ein Papier verhandelt, das diese drei roten Linien explizit formuliert. Das ist eine kleine Etappe, aber es ist durchaus als Erfolg zu werten, weil, wenn sich das BMWI auf diese roten Linien festlegt, das Ministerium natürlich das auch in Brüssel und in die Konsultationen an anderer Stelle einbringt. Es sind im Moment Papiere im Europäischen Parlament im Umlauf – heute hätte es eigentlich behandelt werden sollen, es ist aber noch einmal verschoben worden –, in denen diese roten Linien ähnlich normiert sind. Also ich glaube, dass hier an dieser Stelle der Weg von der Graswurzelbewegung über die öffentliche Aufmerksamkeit zur Schärfung auch des kollektiven Bewusstseins, dass man hier genau hinschauen und aufpassen muss, gelingen kann. Am Ende werden wir sehen, ob es gelungen ist, ob es gelingen kann und dass der Deutsche Städtetag und seine Mitgliedsstädte insbesondere daran einen guten Anteil haben, das finde ich klasse, da haben viele von Ihnen super diskutiert. Dass der wissenschaftliche Dienst des Bundestags sich zwischenzeitlich mal dazu verstiegen hat, die Annahme aufzubringen, Kommunen dürften sich mit dem Thema nicht befassen, hat sogar das bayerische Innenministerium als Blödsinn bezeichnet. Da sehen Sie mal: Unser Kommunalminister ist hier für unsere Rechte eingetreten.

6. Vollzug der Energiewende – wenig Klarheit, viele Fragezeichen

Die Energiewende, der wir in verschiedenen Rollen gegenüberstehen: Zum einen als stolze, manchmal auch sorgenvolle Eigentümer von Stadtwerken, zum anderen als Menschen, die – wie wahrscheinlich die meisten von uns – aus innerer Überzeugung aus der Atomkraft aussteigen und ebenso aus innerer Überzeugung eine CO₂-Reduzierung in der Bundesrepublik Deutschland wollen, wie es die Ziele vorsehen. Und wir möchten unseren Beitrag dazu leisten. Was wollen wir? Ganz simpel: Wir wollen einen Strommarkt ohne Atomkraft, mit vielen Erneuerbaren Energien, mit Gaskraftwerken als BackUp und mit einer gut funktionierenden KWK-Versorgung. Wir wollen diesen Strommarkt in Zukunft in der dezentralen Struktur unserer Stadtwerke entsprechend mitmanagen. Das ist am Ende die schöne neue Welt, so kann man sie beschreiben. Wie wir aus der alten Welt in diese neue Welt kommen, ist aber noch mit unendlich vielen Fragezeichen verbunden. Wir wollen keine Atomkraft. Das, würde ich sagen, können wir mal abhaken, weil der Ausstieg beschlossen ist. Und ich denke, er ist unumkehrbar. Wir wollen mehr Erneuerbare Energien. Die Veränderungen im EEG werden zu einer Verlangsamung des Zubaus der Erneuerbaren Energien führen, weil die fiskalische Attraktivität nicht mehr so groß ist. Wir wollen weniger CO₂. Im Moment werden alle in Deutschland funktionsfähigen Braunkohlekraftwerke unter Volllast betrieben, während Gas-

kraftwerke stillstehen. Ein Braunkohlekraftwerk hat ungefähr 9mal soviel CO₂-Ausstoß wie ein Gaskraftwerk. Also bei diesem Ziel sind wir eher kontraproduktiv unterwegs. Ich verkenne nicht, dass das Thema Braunkohle auch ein Arbeitsplatz- und Strukturthema ist, dort, wo die Braunkohle tragende Funktion hat. Es ist auch unsere Verantwortung, uns darum zu kümmern. Die Frage ist, ob die strukturpolitischen Folgen eines Ausstiegs aus der Braunkohle über den Strompreis geregelt werden müssen oder nicht an anderer Stelle. Das ist, glaube ich, die Diskussion, die da geführt werden muss und da ist im Moment vieles noch offen.

Das Bundeswirtschaftsministerium favorisiert einen Energiemarkt 2.0. Diesen Energiemarkt 2.0 habe ich nach einer langen Diskussion, die ich zusammen mit Ivo Gönner, Sigmar Gabriel und Rainer Baake führen durfte, für mich so verstanden: Wir haben jetzt in Deutschland Überkapazitäten, wir liefern Strom ins Ausland – das stimmt. Es wird jetzt, wenn die Strompreise so bleiben, wie sie sind, ein Überkapazitätsabbau stattfinden. Ich schildere jetzt einfach die marktwirtschaftliche Denkwelt des Energiemarkts 2.0. Welche jetzt abgebaut werden, spielt dabei keine Rolle. Also gehen die Kapazitäten runter. Dann werden die Atomkraftwerke Stück für Stück abgeschaltet. Dann wird die letzte, die teuerste, die knappste Kilowattstunde immer teurer. Und wenn dann diese Kilowattstunde, diese letzte und knappste, einen bestimmten Signalpreis überschritten hat, dann merkt die Industrie – um die geht es in erster Linie in Deutschland – oh, es ist klüger, Vorsorge zu treffen und sich langfristige Lieferbänder zu sichern, damit man nicht Opfer dieser teuersten Kilowattstunde wird. Und dann merken wir in den Aufsichtsräten der kommunalen Unternehmen: Die teuerste Kilowattstunde ist schon wieder vierstellig, jetzt bauen wir ein neues Gaskraftwerk. Ich karikiere das jetzt ein bisschen, aber tatsächlich so funktioniert die theoretische Modellwelt des Energiemarkts 2.0. An deren Ende steht das Gleiche wie das, was ich vorher gesagt habe: ein hoher Anteil von regenerativen Energien, keine Atomkraft mehr, kleine dezentrale Gaskraftwerke als BackUp und KWK. Nur der Weg dort hin, so wie er im Moment ausgestaltet ist, der führt jetzt dazu, dass unsere Gaskraftwerke alle geschlossen werden. Also die Kraftwerke, die wir in der schönen neuen Welt der gelungenen Energiewende brauchen, schließen wir jetzt oder lassen sie schließen, weil wir sie nicht mehr finanzieren können, weil wir Kapitalzuschüsse leisten müssen, weil wir Abschreibungen haben.

Wir wissen auch nicht, weil in Europa ein einheitlicher Energiemarkt gilt, ob auf dem Weg dort hin nicht irgendwann die regenerativen deutschen Stromerzeugungen durch polnische Braunkohle und französische Atomkraft ergänzt werden und bei uns gar keiner mehr in irgendetwas investiert. Wollen wir das? Ich glaube nicht, dass wir das wollen. Wir haben ja

unseren eigenen Anspruch, den CO₂-Fußabdruck einer produzierten Kilowattstunde zu reduzieren. Also warum nehmen wir Gas, das wir später brauchen, jetzt vom Markt? Warum läuft die Braunkohle unter Vollast? Ich weiß warum: Weil sie am billigsten hinsichtlich der variablen Kosten ist, und weil die CO₂-Lizenzpreise nicht funktionieren. Aber man kann doch mit so einem unvollständigen Modell nicht die Zukunft bestehen.

Und vor allem können wir uns nicht leisten, uns unsere Stadtwerke nicht mehr leisten zu können. Das heißt, wir kämpfen an dieser Stelle nicht nur um die schöne neue Welt eines geringeren CO₂-Ausstoßes einer Atomkraft, die der Vergangenheit angehört, sondern wir kämpfen auch um die Struktur, die eine dezentrale Stromversorgung der Zukunft zwingend braucht. Eben nicht vier große, die „Big Four“, die alles im Griff haben, sondern eine dezentrale Struktur. Eine Struktur, die bei uns – das klingt jetzt ein bisschen pathetisch, ist aber sehr ernst gemeint – unter demokratischer Verantwortung steht, weil die Stadtwerke überwiegend zu 100 Prozent oder zumindest mehrheitlich in unserem Eigentum sind. Wir sind hier in der öffentlichen Daseinsvorsorge tätig und wir müssen jetzt gebieterisch von allen, die im Bund Verantwortung tragen, verlangen, dass jeder Schritt, jeder einzelne gesetzgeberische Schritt in Sachen Energiewirtschaft und Veränderung der Energiemarktdesigns die Struktur der Stadtwerke existentiell mit berücksichtigt. Alles andere wäre fatal. Es wäre fahrlässig, das nicht zu tun und es wäre eine Verschwendung öffentlichen volkswirtschaftlichen Vermögens.

7. Bund-Länder-Finanzbeziehungen – eine unendliche Geschichte

Ich dachte eigentlich, das Problem wäre gelöst, wenn ich jetzt nach zwei Jahren aufhöre. Aber manchmal hat man halt noch Illusionen. Es ist unglaublich, es ist ärgerlich, es ist grotesk, was da passiert. Ich verhehle nicht, ich hatte gewisse Sympathien für den frühzeitig lancierten Scholz-Schäuble-Vorschlag. Sie können sich erinnern: Der ist mittlerweile vom Tisch. Man kann über die Inhalte im Einzelnen streiten. Warum Sympathien? Der Scholz-Schäuble-Vorschlag hat gesagt, woher das Geld kommt – nämlich: wir führen den Soli fort – hat gesagt, wie das Geld verteilt wird, also nicht geschachert, sondern hat gesagt, uns fällt der beste aller möglichen Teiler ein: halbe-halbe, eine Hälfte der Bund, eine Hälfte die Länder und hat dann durchdiskutiert, für welche Verwendungszwecke dieses Geld verwendet werden soll. Das wäre, so hat es Olaf Scholz uns auch im Präsidium erzählt, das wäre einmal die Chance gewesen, solche Bund-Länder-Finanzbeziehungen vielleicht ohne Geschachere um die Frage, wer zahlt wie viel, wie wird es aufgeteilt, zu Ende zu bringen. Das ist nicht gelungen.

Was wir heute wissen: Wofür wir Geld brauchen, das wissen wir und da sind sich auch alle, allerdings in unterschiedlichen Temperaturen, völlig einig.

Wir alle wissen, wir brauchen mehr Geld für die Infrastruktur und zwar für die „Hardware“ – die Straßen, die Schiene, aber genauso für die Bildungsinfrastruktur.

Wir alle wissen, es gibt Länder und Gemeinden, die brauchen Hilfe bei der Entschuldung, weil die Schulden sie erdrücken.

Wir alle wissen, wir wollen einige Länder möglicherweise, die heute als Hauptzahlerländer im Finanzausgleich sind, ein wenig entlasten.

Wir als Kommunen sagen, wir brauchen Entlastung bei Sozialausgaben und wir wollen denjenigen, die dauerhaft und anhaltend strukturschwach sind auch weiterhin in Zukunft helfen – im Osten und im Westen. Also weg aus der Förderkulissee „Osten ist gleich Fördergebiet“, was aber nicht bedeutet, dass diejenigen in den neuen Ländern, die Hilfe brauchen, diese Hilfe nicht kriegen sollen. Strukturschwäche muss ohne Förderkulissee definiert werden können. Das kann man definieren. Wir kennen die Zahlen. Wir wissen, wie viel pro Kopf in Deutschland durch die Kommunen investiert wird, und wir kennen vor allem die dramatischen Unterschiede – das spiegelt das Motto unserer Tagung. Wir haben im Durchschnitt knapp unter 300 Euro pro Kopf kommunale Investitionen in Deutschland und in den südlichen Bundesländern, den zwei südlichen Bundesländern, da gibt es Städte, da sind es weit jenseits der 500 Euro pro Kopf und in vielen anderen Ländern sind es unter 200 Euro.

Wenn wir die drei Hauptprobleme der kommunalen Familie zusammennehmen und zeitlich schichten, dann ist es erstens eine „Krankheit der Vergangenheit“. Es sind die Altschulden. Diese Altschulden sind geografisch zuzuordnen, auch mit Krisen und Strukturkrisengebieten, mit Kohle, mit Stahl, mit den Strukturwandelprozessen der Vergangenheit. Es ist wichtig, das zu sagen, weil immer der Eindruck erweckt wird, das sei Ergebnis der Amtsführung von Oberbürgermeistern/innen und Stadträten/innen – das ist nicht wahr. Wenn wir uns ansehen, wo die Schulden sind, wo die ungeplante Verschuldung ist, dann sind es die Gebiete in Deutschland, in denen die Strukturkrisen, der Strukturwandel besonders zugeschlagen haben. Dafür kann keiner was. Und deswegen brauchen sie auch Hilfe.

Wir haben zweitens die „Akuterkrankung“ der stark steigenden Sozialausgaben. Die Bertelsmannstudie hat es rechtzeitig zu unserer Hauptversammlung am Montag noch einmal bestätigt: Kosten der Unterkunft korrelieren mit Strukturschwäche. Sie sind das geronnene Ergebnis von Langzeitarbeitslosigkeit. Über viele Jahre und Jahrzehnte hinweg. Wir wissen, dass wir bei der Eingliederungshilfe für Behinderte diejenige Ausgabeposition haben mit der höchsten Entwicklungsdynamik aller Ausgabepositionen in Deutschland. Diese Entwicklungsdynamik wollen wir nicht bejammern. Wir alle nehmen die UN-Behindertenrechtskonvention ernst und wir wollen Inklusion. Wir wollen Inklusion, nur dass Inklusion nicht zum Nulltarif zu kriegen ist und dass sie vor allem auch keine rein kommunale Aufgabe ist, das, glaube ich, darf auch gesagt werden, das versteht auch jeder, dem man es erklärt.

Und dann haben wir die in die Zukunft gerichtete Frage: Wer ist noch in der Lage wie viel zu investieren. Und oft kumulieren diese drei Effekte: hohe Verschuldung, hohe Sozialkostenbelastung und zu geringe Infrastrukturinvestitionen. Dort muss dann die Strukturhilfe eingreifen, dort greift sie ein, egal ob Nord, Süd, Ost oder West. Das ist unsere Vorstellung.

Klar ist bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen praktisch nichts. Wir wissen nicht, wie es in der Zukunft mit dem Soli weitergeht. Wir wissen, dass im Koalitionsvertrag steht, dass wir 5 Milliarden Euro kriegen sollen, aber keiner weiß, wie. Wir wissen nicht, wie es mit den Regionalisierungsmitteln und dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz weitergeht – das nächste Opfer der Föderalismusreform, der Bund hat das alles mitgezahlt, die Länder haben gesagt, wir wollen das selber machen, haben sich an die breite Brust geklopft und jetzt wird es dann ernst und keiner weiß so recht, wo es herkommen soll. Wir wissen nicht, gibt es den Umsatzsteuervorwegausgleich noch. Wenn es ihn noch gibt, ist Nordrhein-Westfalen Empfängerland im Länderfinanzausgleich, wenn es ihn nicht mehr gibt, das enthält der neueste Vorschlag von Minister Schäuble – vielleicht sagt er uns heute Nachmittag etwas dazu, ist Nordrhein-Westfalen kein Empfängerland mehr, dann wird aber auch Bayern wieder reicher, das heißt, Bayern muss dann noch mehr im Länderfinanzausgleich zahlen, wenn vorher der Umsatzsteuervorwegausgleich wegfällt. Das zeigt wieder, dass wir hier in einem Aggregat unterwegs sind, im Länderfinanzausgleich, wo jedes Schraubchen, dass man irgendwo dreht, an anderer Stelle natürlich entsprechende Veränderungen auslöst – das wird uns noch einige Zeit beschäftigen.

Keiner weiß, wie nachhaltig in die deutsche Infrastruktur investiert wird. Die 3,5 Milliarden Euro, die jetzt in dem Infrastrukturfonds für finanzschwache Kommunen stehen, sind eine Menge Geld – ohne Zweifel. Aber es ist eine einmalige Summe, die für eine dauerhafte Aufgabe zur Verfügung gestellt wird. Runter gebrochen auf die deutschen Städte kriegen die Bayern 290 Millionen Euro, die sind in München bei der zweiten S-Bahn-Stammstrecke nach einigen Metern verbaut, würde ich jetzt einmal annehmen. Das macht deutlich, dass auch die große Zahl auf Bundesebene, wenn man sie kleinarbeitet auf die kommunale Ebene, eigentlich nicht wirklich einen nachhaltigen Infrastruktureffekt auslösen kann. Nachhaltige Infrastruktur bedarf langfristiger Planbarkeit von Haushaltsplanansätzen. Da muss eigentlich mindestens für 10 Jahre klar sein: Dieses Geld steht zur Verfügung, damit wir in Planfeststellungsverfahren, Raumordnungsverfahren, Klageverfahren gehen können, um größere Infrastrukturprojekte überhaupt umzusetzen und dann auch vernünftig abarbeiten zu können. Ich glaube, dass die 10 Milliarden Euro – das ist eine Summe, die die Bodewig- und die Daehre-Kommission für die Infrastruktur genannt haben – dass diese 10 Milliarden nicht zu hoch gegriffen sind, die über einen längeren Zeitraum jährlich nicht nur für die kommunale, sondern für die Infrastruktur insgesamt gebraucht werden. Daran wird zu arbeiten sein.

Wichtig ist mir noch einmal – ich habe es eingangs gesagt –, dass wir wegkommen von dieser Wahrnehmung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, dass es so eine Art Tauziehen um den letzten Steuer-Euro ist. Wenn wir als Städte, wir als deutsche Städte über Geld reden, dann geht es nicht um das Wohlfühl der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Wir gestalten Lebensqualität. Wir investieren in Infrastruktur, Bildung und soziale Teilhabe. Kolleginnen und Kollegen, wir betreiben den Kulturstaat Deutschland und wir nehmen die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ernst. Das heißt, es geht nicht um Geld, sondern eigentlich um viel mehr. Es geht ein Stück weit um die Wahrnehmung von Politik. Und Sie alle wissen, wenn die Leute ein Problem haben, kommen sie zu uns. Ob wir zuständig sind oder nicht. Man hat noch Glück, wenn man nicht zuständig ist, weil man dann sagen kann, ich schicke dich jetzt wo anders hin, zum örtlichen Abgeordneten. Aber noch schlimmer, noch viel schlimmer ist der Satz „Dein Anliegen ist erstens unsere Zuständigkeit, zweitens berechtigt, drittens kriegst du es aber trotzdem nicht, weil wir kein Geld haben.“

Dort, wo die andauernde Wahrnehmung fehlender kommunaler Problemlösungskompetenz wahrgenommen wird, ist das die Einladung für Politikverdrossenheit, Staatsverdrossenheit, Demokratieverdrossenheit. Das ist Wasser auf die Mühlen der Pegidas dieser Welt. Und was

die Soziologen uns geliefert haben – Kollege Hilbert hat vorhin kurz darüber gesprochen, ich teile Ihre Einschätzung übrigens völlig, an Dresden manifestiert sich eine Haltung, von der wir alle wissen, dass es sie auch in unseren Städten gibt, auch wenn bei den Demonstrationen weniger Leute mitlaufen. Auch nicht Mitlaufende können ja solche Meinungen teilen. Es ist unsere Aufgabe, uns damit auseinander zu setzen. Das sind ganz oft Menschen, die tatsächlich ihre eigenen Ängste, ihre eigene Zukunftsängste auf andere projizieren. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nennen es die Soziologen. Das ist Quelle des Antisemitismus, Quelle der Ausländerfeindlichkeit, Quelle der Islamophobie. Wir dürfen nicht ernst nehmen, was die skandieren, wenn sie auf den Straßen rumlaufen – dagegen müssen wir uns mit aller zivilgesellschaftlicher Kraft wehren. Aber die Ängste, die dahinter stecken, die müssen wir ernst nehmen und gehen uns alle an.

Da ist die zweite Hälfte der Bevölkerung, die zweite Hälfte, die 49 Prozent, die letzten Sonntag nicht in Dresden zur Wahl gegangen sind. Das sind Menschen, die uns keine Briefe schreiben, keine Wut-Mails, die nirgendwo demonstrieren gehen. Das sind Menschen, die sich längst verabschiedet haben. Das sind Menschen, die, wenn wir am Infostand stehen oder am Hauptmarkt zum Einkaufen gehen, einen großen Bogen um uns herum machen, damit wir sie nicht mehr ansprechen. Die hat es schon immer gegeben, aber wir hatten früher schon auch mal Wahlbeteiligungen von 70 oder 80 Prozent. Und über den Tag hinaus, über die Parteien hinaus ist es, glaube ich, unsere Aufgabe – und ich denke, es ist speziell eine kommunalpolitische Aufgabe. Wir wissen, dass auf der Sympathieskala der Berufsgruppen in Deutschland der Politiker eher auf der anderen Seite der Krankenschwester steht, die einen ganz vorne und wir zwischen Autodieben und Versicherungsmaklern oder so. Aber wir wissen auch, dass das für Kommunalpolitiker/innen nicht gilt. Es ist tatsächlich so, wenn differenziert gefragt wird, dann sagen die Leute, ja wenn ich zu einem noch ein bisschen Vertrauen habe, dann ist es schon mein/e Bürgermeister/in oder mein Stadtrat. Das heißt aber auch, dass wir die sind, die auf der kommunalen, auf der lokalen Ebene noch den Zugang zu den Menschen finden könnten. Und dafür müssen wir sie ernst nehmen – nicht die Parolen ernst nehmen, aber die Ängste ernst nehmen.

Der Soziologe Heinz Bude hat es meines Erachtens sehr schön zusammengefasst nach der Studie über Pegida-Mitläufer und -Anhänger. Er sagt, die Menschen haben alle Angst. „Und wer Angst hat, der verkennt das Wirkliche, der vermeidet das Unangenehme und verpasst das Mögliche.“ Das ist verdichtet genau das Problem, finde ich: Verkennt das Wirkliche heißt,

das sind die Menschen, die in Dresden behaupten, sie demonstrieren mit, weil sie nicht wollen, dass Weihnachten abgeschafft wird oder weil es in Dresden mehr Moscheen als Kirchen gibt, also eine Verkennung der Wirklichkeit. Eine Wahrnehmung, der man sich auch gar nicht stellen will. Vermeide das Unangenehme heißt, dass in einer Gesellschaft, die immer bunter wird, weil der Zuzug nach Deutschland ja nicht erst letztes Jahr begonnen hat, sondern mit der Industrialisierung vor 200 Jahren und dieser Zuzug auch kein Ende haben wird in einem der reichsten Länder Europas, und wir ihn auch brauchen, weil unsere eigene Fruchtbarkeit ja zu wünschen übrig lässt. Und insofern werden wir uns damit auseinandersetzen müssen, dass es andere Kulturen gibt. Vermeide das Unangenehme heißt, ich lasse mich gar nicht darauf ein, ich lasse mich nicht darauf ein, mich auseinanderzusetzen damit, dass es andere Religionen, andere Arten sich zu ernähren, andere Märchen, die man in der Kindheit erzählt gekriegt hat, andere Kulturen gibt. Verpasst das Mögliche: Möglich ist nämlich immer ganz viel mehr – davon bin ich zutiefst überzeugt. Der Geograf und Philosoph Georg Simmel hat vor 100 Jahren einmal gesagt, er würde überhaupt nicht verstehen, warum Kommunalpolitiker, Bürgermeister immer jammern würden und ihre Probleme beschreiben. „Jede Stadt in Deutschland“, hat er gesagt „hat einen Möglichkeitenüberschuss und keinen Problemüberschuss.“ Es kommt nur drauf an, dass wir etwas daraus machen, und wir müssen diesen Möglichkeitenüberschuss mobilisieren, wir müssen ihn nutzen, wir müssen Stellvertreterpolitik machen für die zweite Hälfte, über die ich vorhin gesprochen habe, keine Illusionen mit Wahlplakaten und bunten Prospekten.

Mit einem Wahlplakat erinnern wir denjenigen, der sowieso wählen gehen wollte, daran, wann der richtige Sonntag ist – seien wir einmal ehrlich –, aber nicht an mehr. Und den anderen müssen wir uns mit diesem schönen alten Wort der Stellvertreterpolitik zuwenden, wir machen etwas für euch bei der frühkindlichen Bildung. Wir machen etwas für euch, indem wir Kommunalpolitik so ausgestalten, dass sie nicht segregiert und ausgrenzt, sondern mitnimmt. Wir achten darauf, dass in unseren eigenen Einrichtungen die abendliche Vergnügung nicht 20 Euro kostet, damit nicht hier schon wieder Segregation stattfindet. Wir achten auf Bildungsgerechtigkeit, wir investieren in die Gerechtigkeitsinfrastruktur in dieser Republik. Wir betreiben den Kulturstaat Deutschland so, dass alle an der Kultur partizipieren können. Wir kümmern uns darum, dass jedes Kind Fahrrad fahren lernt, schwimmen lernt, ein Musikinstrument spielt und Sport im Sportverein betreiben kann – ganz simple Dinge, die aber über Segregation oder Inklusion der Menschen entscheiden.

Lasst uns, Kolleginnen und Kollegen, auch wenn wir berechtigter Weise gelegentlich Forderungen an Bund und Land stellen, lasst uns trotzdem in dem Selbstbewusstsein – ich finde in dem fröhlichen Selbstbewusstsein hier dann von Dresden morgen scheiden –, dass wir alle diesen Möglichkeitenüberschuss haben, dass wir ihn mobilisieren müssen und dass, wenn irgendeine staatliche Ebene das Laboratorium der Demokratie ist, um die Menschen in ihren Köpfen, aber noch sehr viel wichtiger in ihren Herzen zurück zu gewinnen für die Politik, dass wir diejenigen sind, die dieses Labor betreiben. Und ich finde, wir können das. Und ich finde, wir sollten uns alle anstrengen, dass wir es auch erfolgreich betreiben. Ich danke Ihnen!